

Ihrem Vereinigungsrecht Gebrauch machen, daß Landwirte oder deren Beauftragte bewaffnet in Lohnverhandlungen eingreifen und daß die arbeitswilligen Landarbeiter gegen agrarischen Terrorismus geschützt werden müßten. Das Erinnerungsvermögen läßt den „Vorwärts“ jedoch immer dann im Stich, wenn er die Aufgabe zu erfüllen hat, zugleich Regierung- und Spielorgan zu sein.

Der Vorstand des Landarbeiterverbandes veröffentlicht folgende Mitteilung:

Die durch die Presse verbreiteten Meldungen über große Landarbeiterstreiks sind fast übertrieben. Sie geben augenscheinlich von agrarischen Kreisen aus, die beschuldigen, durch aufgedrehte Nachrichten Stimmung gegen die ihnen unangenehme gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter zu machen. Infolge dieses Treibens sind in verschiedenen Orten Vertrauensmänner des Landarbeiterverbandes verhaftet worden, namentlich in Hammern wird eine unerschämte Hege gegen den Landarbeiterverband betrieben.

Goffenlich gelingt es, den agrarischen Hechern gegen die Landarbeiterorganisation das Wort zu legen, den Landarbeitern endlich zehnmäßige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern und so bei Zeiten die ungeheure Gefahr abzuwenden, die durch Landarbeiterstreiks zur Erntezeit über das notleidende deutsche Volk heraufbeschworen werden würde.

Auch hieraus geht hervor, daß nicht „politische Hecher“ die Bewegung verurteilen, sondern daß ganz andere Personen daran schuld sind. Zunächst einmal sind es die Agrarier, besonders die Großgrundbesitzer, denen die Organisation der Landarbeiter ein Dorn im Auge ist. Sie wollen nicht, daß der Landarbeiter durch die gewerkschaftliche Schulung zur tatkräftigen Vertretung seiner Interessen kommt, sie wollen die Jahrtausend alte Sklaverei über das ländliche Proletariat aufrecht erhalten, das Lebensniveau der Landarbeiter soll, wenn es nach ihrem Willen geht, auch künftig nicht so gesteigert werden, daß es ein erträgliches Dasein gewährleistet.

Neben den Agrariern sind es noch die Militärs, die da glauben, daß die ländlichen Gebiete ihnen zur wirtschaftlichen Delatierung auch künftig offen stehen müßten. Wo die Regierung wirklich eine Verbesserung der Lage der Landarbeiter durch Förderung der Tarifbewegung herbeizuführen versuchte, da kommen die Militärs dazwischen und hindern es durch ihre Gewaltmaßnahmen. So ist die Lage in Pommern gerade dadurch verschlimmert worden, daß vom Generalkommando ohne jede Ursache der Belagerungszustand über die ganze Provinz verhängt worden ist. Das hat selbst die dortigen Rechtssozialisten auf die Beine gebracht. In Stettin haben die Vertrauensleute der Gewerkschaften einen Beschluß zum Generalkommando gefaßt, der rechtssozialistische Organisationsvorstand hat beschlossen, eine Kommission zu Rosske zu schicken, um die Aufhebung des Belagerungszustandes zu erwirken. Statt daß sie nun dafür gesorgt hätte, daß der Willkür der Militärbehörden sofort ein Ende gesetzt wurde, ließ die Regierung, wie in ihrem heute morgen veröffentlichten Dementi gegen die „Freiheit“, deren Maßnahmen noch als eine notwendige Fürsorge für die Ernte verteidigen. In Wirklichkeit bedeuten gerade diese militärischen Maßnahmen eine Gefährdung der Ernte, sie sind geeignet, die Streifbewegung der Landarbeiter erst recht anzufachen.

Glücklicherweise meint die Regierung in größter Eile einzulegen, daß es auf solche Weise nicht weitergehen darf. Sie läßt heute offiziös verkünden, daß sie für die berechtigten Forderungen der Arbeiter einzutreten gewillt sei, und daß die Verhängung des Belagerungszustandes in Pommern ein Mißgriff des Generalkommandos zu sein scheint. Die Regierung treffe alle Maßnahmen, um eine Schmälerung des Koalitionsrechtes zu verhüten, sie werde mehrere Landräte, die sich entgegen den Regierungsvorkriften, mehr auf die Seite der Unternehmer gestellt hätten, durch andere zu ersetzen. Daß jedoch der Belagerungszustand sofort aufgehoben ist, dafür hat die Regierung entweder kein Verstandnis oder nicht die Macht, zumal Herr Rosske auch noch mit anderen, nicht minder wichtigen Dingen, wie mit dem Besuch der Kernen im Grunewald, sich zu beschäftigen hat.

Für jeden Sozialisten genügt es sich, bei dieser Gelegenheit seine Freude darüber auszusprechen, daß das Erwachen des Landproletariats auch in Deutschland beginnt, daß auch die ländlichen Arbeiter teilnehmen wollen an dem Kampfe der Arbeiterklasse um die Befreiung aus den Fesseln des Kapitals. Denn das ist der tiefere Sinn der jetzigen Bewegung. Nicht die niederträchtigen, zu helfen ist jetzt unsere Aufgabe, dem Landarbeiter beizustehen in der Erfüllung seiner Forderungen. Wenn das ländliche und das städtische Proletariat zusammensteht und in gemeinsamer Front kämpft, dann ist seine Macht der Welt mehr imstande, den Vormarsch der Arbeiterklasse auf ihr Ziel, die Verwirklichung des Sozialismus, aufzuhalten.

Der Protest der Stettiner Rechtssozialisten.

Das Organ der Stettiner Rechtssozialisten sagt, wie die „A. Z.“ mittels, seinen Kampf gegen den Belagerungszustand fort. Das Blatt hat seine Ausführungen zu dieser Sache mit der über die ganze Seite gehenden Überschrift „Die Justiz und die Militärherrschaft in Pommern“ überschrieben. Am Montag fand eine kombinierte Verhandlung der sozialdemokratischen Parteigruppe Stettin, Mandows und Grifflingens statt, in der beschlossen wurde, heute eine Kommission zum Reichswehrminister zu senden, um die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes zu verlangen.

Wie aus Grifflingens Bericht wird, sind im Kreise Franzburg auf 20 bis 30 Wätern Streiks ausgebrochen. Unter anderen Streikpunkten kommt am meisten der Unterschied der Bemessung der Gesamtdenarumlöhne in Frage. Die Arbeiter fordern etwa 300 Mark im Jahre mehr, als die Unternehmer gewähren wollen. Letztere hatten als die Verhandlungen aufgehoben werden müßten, die bindende Forderung gegeben, daß sie die demnach zu vereinbarenden Löhne ab 1. April nachträglich geben wollten. Trotzdem und trotz der Mahnung des Bezirksarbeiterrats, sich ruhig zu verhalten und weiter zu arbeiten, traten die Landarbeiter in den Ausstand. Auf Mügen, wo bereits seit längerer Zeit ein Tarifvertrag in Gültigkeit ist, der aber im Herbst gekündigt werden soll, sind die Arbeiter ebenfalls unruhig.

Generalkommando in Stettin.

Stettin, 15. Juli.
Die Vertrauensmänner der Stettiner Gewerkschaften haben heute abend nach längeren Verhandlungen an-

geblich gegen ganz wenige Stimmen beschlossen, morgen früh 8 Uhr in den Generalkommando zu treten, um den kommandierenden General zu zwingen, nicht nur den Belagerungszustand aufzuheben, sondern auch das Verbot für die Landarbeiter zu beseitigen. In der Versammlung der Magistratshilfsarbeiter, die später stattfand, wurde von dem Beschluß Mitteilung gemacht und die Versammlung aufgefordert, ihn nachzukommen. Es ist leicht möglich, daß der Generalkommando, wenn er auch auf die lebenswichtigen Betriebe ausgedehnt wird, zu einem Gegenstreik der Bürger führt.

„Pressfreiheit“.

Der kommandierende General des 7. Armee-Korps in Münster ist im Zeitalter der Pressfreiheit dazu übergegangen, nicht nur die Verbreitung bestimmter Zeitungen, sondern überhaupt der gesamten oppositionellen Presse zu verbieten. In einer am 21. Juni erlassenen Verfügung heißt es:

Auf Grund des § 66 des Gesetzes über den Belagerungszustand verbiete ich für die Bezirke, über welche der Belagerungszustand verhängt ist,

die Drucklegung, den Vertrieb und jegliche Verbreitung antimilitärischer Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate kommunistischer, sozialistischer oder bolschewistischer Richtung, namentlich des „Sportklub“, der „Freiheit“ und des „Gehlen“.

Tatsächlich ist unsern Postabonnenten in Reimscheid der Bezug der „Freiheit“ seit dem 7. Juli gesperrt worden. Eine besondere Nachfrage beim Generalkommando ergab die Gewissheit, daß es sich bei dem Verbot um die Berliner „Freiheit“ handelt. Danach steht das Generalkommando in Münster das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie als eine Zeitung „sozialistischer, kommunistischer oder bolschewistischer Richtung“ an. Obwohl man durch solche unvorsichtigen Maßnahmen die Opposition mundtot machen zu können?

Wie sieht es mit dem Belagerungszustand?

Ueber Berlin ist seit Mitte März der Belagerungszustand verhängt. Alle Forderungen, ihn endlich aufzuheben, wurden bisher kurzerhand abgewiesen. Stichtätige Gründe für das Fortbestehen dieses Ausnahmezustandes vermag die Regierung nicht anzuführen. Die „Berliner Volkszeitung“ macht daher im Anschluß an die Meldung, daß in Hannover der Belagerungszustand wieder aufgehoben worden sei, mit Recht folgende Randbemerkung:

Wäre dieser Mitteilung dürfte die Anfrage berechtigt sein, wann die preussische Regierung endlich daran denken wird, den in der ersten Märzwoche über Berlin verhängten Belagerungszustand aufzuheben? Vor vierzehn Tagen ließ es in einer offiziösen Notiz, daß die maßgebenden Stellen in „Erwägungen“ über die Befreiung eingetreten wären. Die Offenheit würde es begründen, wenn sie bald einmal etwas über das Ergebnis (oder die Ergebnislosigkeit) dieser „Erwägungen“ erfährt.

Hier fordert also auch ein bürgerliches Blatt die Aufhebung des Belagerungszustandes. In den Kreisen der Berliner Rechtssozialisten hingegen regt sich nichts gegen diesen Zwangszustand, dessen Nutzlicher sie geworden sind. Sie beschränken sich, daß es mit ihrer Partei noch mehr bergab geht, wenn erst in voller Freiheit zu den Massen gesprochen werden kann, und um dies zu verhindern, sind sie nicht abgeneigt, den Belagerungszustand zu verewigen.

Ein Reichskommissar zur Abwehr des Bolschewismus.

Nach einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ ist zur Sicherung gegen die Gefahr des eindringenden Bolschewismus in Köln in der Person des Freiherrn von Reichenstein ein Reichskommissar ernannt worden.

Glaubt die Regierung wirklich, daß der Herr Baron es fertigbekommen wird, Deutschland vor der „Gefahr“ des Bolschewismus zu schützen? Aber offenbar ist es dringend notwendig, daß für den Adel auf Kosten des arbeitenden Volkes neue hochbezahlte Staatsstellen geschaffen werden.

Keitpellchen und Handgranaten.

Unter dem Belagerungszustand in Paderborn.

Uns wird mitgeteilt:

Am Sonnabend, den 6. Juli, nahmen in Paderborn Vertrauensleute der Arbeiterverbände im Einverständnis mit der Stadtverwaltung auf dem Markt eine Kontrolle der Höchstpreise vor. Sodann wurde mit den Inhabern der Manufakturwarengeschäfte über eine Herabsetzung der Preise konferiert. Irgendwelche Rubelstörungen sind dabei nicht vorgekommen, ebensowenig Plünderungen oder Diebstähle. Gegen 5 Uhr nachmittags tauchte plötzlich ein Auto mit einem Offizier, einem Helmweber und einem Mann auf, die dann auf offener Straße den Vorstehenden der sozialdemokratischen Partei mit vorgehaltener Pistole zum Einsteigen in das Auto zwangen. Eine außerordentliche empörte Menschenmenge folgte dem Auto nach der Polizeiverwaltung und besetzte den dort festgehalten. In der Bahnhofstraße veranstaltete ein Soldat eine Schießerei auf zwei miteinander in Streit geratene junge Leute. Das empörte die Menge so sehr, daß sie Anfall machte, den Schießenden zu verprügeln. Dieser jag es aber vor, das Weite zu suchen. Kurze Zeit darauf erschienen Mannschaften der Wache des Präbikanalles, die nun Verhaftungen vornahmen und mit Keitpellchen wahllos auf die Menge einschlugen. Obwohl dadurch die Stimmung aufs Äußerste gereizt wurde, gelang es noch einmal, die Wache zu einem friedlichen Ende zu führen. Am Abend des 7. Juli fand eine Versammlung statt, in der eine Kommission gewählt wurde, die mit der Kaufmannschaft wegen Herabsetzung der Lebensmittelpreise verhandeln sollte. Die Ordnung wurde in keiner Weise gestört. Da erlief wie ein Blitz aus heiterem Himmel Paderborn der verhängnisvolle Belagerungszustand. Um 8 Uhr wurde die Verhängung kundgetan, um 9 Uhr hagelte es bereits Prügel und Verhaftungen, wenn Leute aus Unkenntnis über die Veränderung der öffentlichen Verhältnisse sich noch auf der Straße befanden. Mehrere der Verprügelten mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Blinde

Passanten waren jetzt an der Tagesordnung, ebenso die beliebigen Handgranatenwerfer. Am zweiten Abend wurden allein zehn Frauen und ein Mann auf diese Weise verlegt. Waren bisher Plünderungen und Diebstähle nicht vorgekommen, so gehörten sie nunmehr zu den Alltagschicksalen. In einem Zigarrenladen wurden drei Ordnungshüter beim Plündern ertappt und festgenommen.

Die Belagerung über diese gesammelte Ordnungsmasse liegt ins Ungemessene. Die Eisenbahner traten in den Streik, um den Belagerungszustand zu beseitigen. Dem einmütigen geschlossenen Vergehen gelang dies auch, so daß nunmehr das Leben in Paderborn wieder ruhiger dahinfließt.

Demagogie.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 10. Juli stimmte der Abgeordnete Richter ein Wort auf die deutschen Richter an, wobei er die Freisprechung des Genossen Lebedow als besonderen Beweis für die Unparteilichkeit der Angehörigen des Richterstandes pries. Besonders weit jenseits und im besonderen dürfte es dem Professor der Rechtswissenschaft Richter bekannt sein, daß nach gesetzlicher Vorschrift der Richter im Prozesse Lebedow auf Freisprechung kräftigen mußte, nachdem die Geschworenen ihr „nichtschuldig“ gesprochen hatten. Die Thronrede des Herrn Professors stellt sich somit als etwas anderes denn als Demagogie dar.

„Heberische Flugblätter.“

Hamburg, 15. Juli.
Korps Letlow teilt mit: In den heutigen Morgenstunden wurde das Sekretariat der A. P. D. in der Rosenstraße einer Untersuchung durch die Truppen unterzogen, da bekannt war, daß sich in demselben heberische Flugblätter befanden. Die Untersuchung ergab die Beteiligung der Richter. Nach Ausführung des Befehls wurden die Truppen zurückgezogen.

Die Lebensmittelversorgung Europas.

Amsterdam, 15. Juli.
„Manchester Guardian“ schreibt, die britische Regierung hoffe, daß eine Kriegen Weltkooperation eingerichtet werden wird, um die Lebensmittelversorgung Europas sicherzustellen. Sie schlägt vor, den Obersten Wirtschaftsrat bestehen zu lassen. Er soll seinen Sitz in Washington haben. Nicht nur den Neutralen soll geraten werden, dieser Organisation beizutreten, sondern auch Deutschland und die übrigen früher feindlichen Staaten sollen binnen kurzem zum Beitritt aufgefordert werden. Damit würde der Oberste Wirtschaftsrat auf gleichen Fuß mit dem Völkerbund gebracht werden. Man rechnete zugleich damit, daß er sich vielleicht zu einer Abheilung des Weltkrieges entwickeln werde. Amerika hat dem Plan noch nicht zugestimmt und soll auch nicht dazu geneigt sein. Die Amerikaner wollen nicht länger als nötig irgendwelche Verantwortung in Europa übernehmen oder Europa Einfluß auf ihre eigenen Angelegenheiten gestatten.

London, 14. Juli. (Reuter.) Unterhaushalt in Verhandlung einer Anfrage über das Fortbestehen des Wirtschaftsraates erklärte Lord Lond, es werde für wünschenswert gehalten, die internationale Zusammenarbeit in wirtschaftlichen Fragen in derselben Form fortbestehen zu lassen, aber man habe sich noch nicht für eine bestimmte dabei zu befolgende Methode entschieden.

Gompers auf der Reise nach Europa.

Bern, 15. Juli.
Nach Chicago Tribune ist Gompers am 11. Juli nach Europa abgereist. Er wird sich in London, Antwerpen, Paris, Rotterdam, Amsterdam, Haag, Brüssel und Liverpool mit den geordneten besprechen, die im Oktober nach Washington kommen wollen.

Kämpfe in Marokko.

Rabat, 14. Juli.
Der Kriegsminister erhielt folgendes vom 13. Juli datiertes Telegramm vom Oberkommando von Marokko: Streitkräfte der Aufständischen unter persönlicher Führung Maullis haben gestern bis heute morgen heftige Angriffe auf die Posten und Verbindungswege zwischen Larache und Tetuan unternommen. Die Spanischen Truppen haben schließlich den feindlichen Angriff mit beträchtlichen Verlusten abgewiesen. Auch die Spanier hatten erhebliche Verluste.

Hafenarbeiterstreik in Newyork.

Amsterdam, 15. Juli.
Reuter meldet aus New York vom 14. Juli: Das Schiffahrtsamt hat vergeblich versucht, den Streik der Hafenarbeiter zu verhüten. Der Streik wurde heute formell proklamiert. Morgen wird nochmals versucht werden, einen Vergleich herbeizuführen.

Die Besorgnisse der Danziger Arbeiter hoffen eine Bekämpfung des dortigen Oberpräsidenten zu verhindern. Das Reichsarbeitministerium werde bald die nötigen Schritte tun, um die Angeltigkeit weiter zu fördern, insbesondere soll die Friedenskommission des kaiserlichen Amtes bei der Einnahme unverzüglich vorgehen, damit baldigt unmittelbare, mündliche Verhandlungen über die Zukunft der Danziger Staatsbetriebe herbeiführen.

Professor Dr. Emil Fischer, der berühmte Chemiker, Direktor des ersten chemischen Instituts der Berliner Universität, ist gestern im 67. Lebensjahre gestorben. Auf allen Gebieten der Chemie leistete er (neben seiner Lehrtätigkeit) als Forscher und Erfinder hervorragendes. Seine Studien über den Zucker- und Eiweißstoff, seine Lehre von der Zusammenfassung der Verbrennung und viele andere unvergängliche Erobtungen der chemischen Forschung brachten ihm als Gelehrten mit der internationalen Anerkennung auch den Nobelpreis. Unter den Korymben hat er z. B. das Beryll als Schmelzmittel in die Welt eingeführt. Er hinterläßt als Lehrer einen großen Schülerhaufen.

Soz. Studentenpartei. Heute abend 8 Uhr spricht Genosse Dr. Danauer über Wählverfahren sozialistischer Vertretung (Welt, wache).

